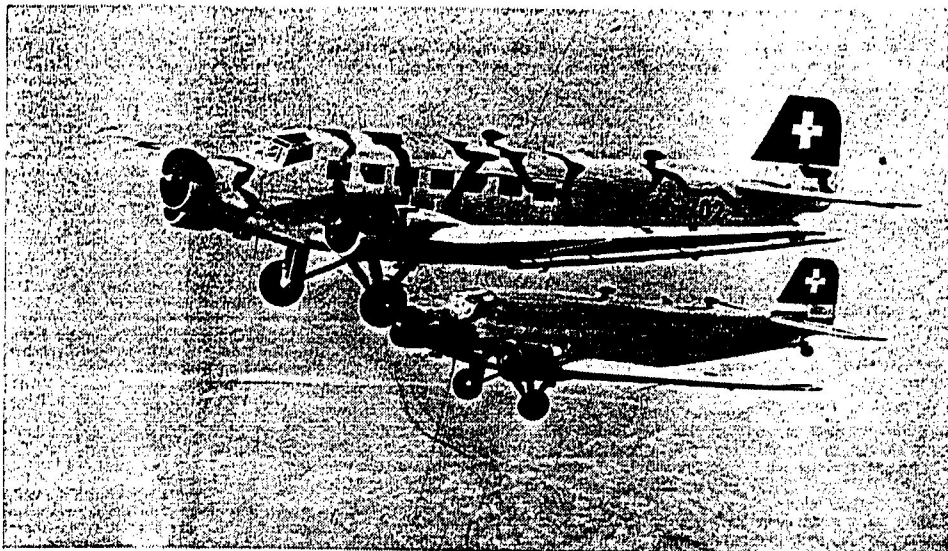


Luzerner Tagblatt



Ostblockkonferenz in Prag 2
Milliardenprojekt für die Universität Zürich 3
Jo Sifferts große Chance 13
Neue DDR-Definition Bonns LM

Die fliegenden «Großmütter»

Die Ju-52 sind die ältesten Flugzeuge, die im Dienst der Schweizer Flugwaffe stehen. Sie werden die fliegenden «Großmütter» genannt. Die dreimotorigen Maschinen dienten ursprünglich der deutschen Luftwaffe als Verkehrsflugzeuge, wurden dann aber in großer Zahl als Transportflugzeuge für die Fallschirmjäger der Wehrmacht eingesetzt. Die Schweizer Armee besitzt noch drei Exemplare, die nun über dreißig Jahre alt sind. Sie werden für Transporte verwendet, etwa für den Abwurf von Lebensmitteln über abgeschnittenen Gebieten in einem harten Winter; seinerzeit wurden damit auch die Triebwerke der «Vampirs» von England nach der Schweiz geflogen. Als noch Beobachter ausgebildet wurden, dienten die Ju-52 als «fliegende Klassenzimmer». Jetzt werden sie von den Fallschirmabspargern benützt. Anlässlich des Schließens auf der Axalp (letzte Woche) transportierten die Ju-52 die Presseleute. Luftaufnahme Roland Beck

Es kriselt in der gaullistischen Mehrheit

Ein halbes Jahr nach dem Weggang de Gaulles werden in der französischen Parlamentarität die Zeichen der Nervosität und inneren Krise häufiger. Untergründig spielt hier wohl die politische Zentrifugalkraft hinein, die sich in jeder übermächtigen Mehrheitsgruppe einstellt, sobald die ans Zentrum bindenden Kräfte und der Oppositionsdruck nachlassen. Als bindende Zentralkraft ist der General von der Bildfläche verschwunden. Aber auch von der Opposition ist im Palais Bourbon nicht mehr viel zu sehen und zu hören. Die demokratische Linksopposition ist zerfallen, und François Mitterrand figuriert auf den Listen der Parteilosen. Die eigentliche Opposition im Land sitzt nicht mehr auf den parlamentarischen Sesseln; sie befindet sich in den Straßen und Fabriken, wo sich abseits von den akademischen Auseinandersetzungen der gesetzgebenden Behörden harte Rivalenkämpfe zwischen den orthodoxen Syndikalisten kommunistischer oder demokratischer Richtung und den neuen Revolutionsgruppen der Richtung Krivine und Rocard abspielen. — Inzwischen bieten in der Nationalversammlung verhältnismäßig harmlose Debatten Anlaß zu überraschenden Gärungsvorgängen

innerhalb der gaullistischen Fraktion. Am 22. Oktober hatte sich die Kammer mit einem Gesetzesantrag zu befassen, der die Einführung eines «hohen Rats der militärischen Streitkräfte» vorsieht, dem besonders die Wahrnehmung der beruflichen Interessen des Berufsoffiziers obliegen würde. Diese Frage hat die Gaullisten dermaßen entzweit, daß sich einige von ihnen hinterher in einer eifrigen Keilerei zerrauten und sie durch die herbeigerufenen Weibler und Amtsdienner getrennt werden mußten. Doch das ist nur der äußere Spektakel. Hintergründig spielen sich die Konflikte auf der politischen Ebene ab. Und zu dringen die Gerüchte bis an die Öffentlichkeit. So hat z. B. vorige Woche Ausrüstungsminister Challandon eine äußerst heftige Attacke gegen Finanzminister Giscard d'Estaing losgelassen und diesen der Unstetigkeit und Wankelmütigkeit bezichtigt. Chabandemas hat den Angreifer zu sich gerufen und von ihm Abbitte verlangt. Challandon mußte sich ins Louvre-Palais zu Giscard d'Estaing begeben und sich entschuldigen. Das hat 45 Minuten gedauert, nachher bezeichnete der Ausrüstungsminister den Zwischenfall als erledigt.

richtig ist, wird aber mit politischen und sozialen Anliegen verbunden. Pompidou und Giscard d'Estaing, heißt es, seien die Vertreter der reaktionären, arbeit- und fortschrittsfeindlichen Richtung, die bei Amtsantritt nichts Eiligeres zu tun hatten, als den Plan de Gaulles für das Mitbestimmungsrecht in der Industrie in den Papierkorb zu werfen. Der Umstand, daß (der ehemalige Verteidigungsminister) Pierre Messmer in der Mosel mit fast 80 Prozent der abgegebenen Stimmen nun zum Deputierten gewählt worden ist, sei einzig dem Umstand zuzuschreiben, daß er sich in seiner Wahlkampagne alle sozialen Reformpläne des Generals zu eigen gemacht habe.

Wird diese «Fronde» Pompidou zwingen, Giscard d'Estaing, der sich in der Hauptschlußlinie befindet, auszubooten? Unwahrscheinlich ist das nicht, aber es wäre ein neues Zeichen politischer und monetärer Unstabilität. Darum scheint der Zeitpunkt für einen Wechsel im Finanzministerium jedenfalls verfrüht. Aber warum hat Pompidou am 22. Oktober den Chairman der Chase Manhattan Bank, Rockefeller, in Begleitung Pinays und nicht Giscard d'Estaings empfangen? Paul Keller (Paris)

Fronde gegen Pompidou

Diese Behauptung, die trotz der überspitzten Formulierung nicht ganz un-

Libanon-Verhandlungen in Kairo

Aegypten und Syrien für volle Aktionsfreiheit der Guerillas

Beirut, 27. Okt. (UPI) Libanon denkt, den gemeinsamen arabischen Verteidigungsrat über die Situation zu unterrichten, welche durch die syrischen Grenzverletzungen entstanden ist. Man betont dabei, daß diese Aktionen der syrischen Armee lange vorbereitet worden seien. Libanon stützt sich dabei auf den gemeinsamen Verteidigungspakt. Dieser besagt, daß im Falle einer Aggression gegen einen arabischen Staat alle Vertragspartner die Pflicht haben, den Angegriffenen mit allen Mitteln zu helfen. Der libanesische Außenminister ist beauftragt worden, einen Bericht über die syrischen Übergriffe auf libanesisches Territorium aufzustellen.

Palästinenser besetzen libanesische Botschaft in Bonn

Bonn, 27. Okt. (UPI) 50 Mitglieder der palästinensischen Studentenunion haben die Botschaft Libanons in Bad Godesberg (Bonn) besetzt. Ein Sprecher der Studenten betonte, die Studenten wollten damit gegen die negative Haltung der libanesischen Regierung gegenüber der arabischen Untergrundbewegung demonstrieren.

Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Libanon ist die libanesische Botschaft formell eine Abteilung der spanischen Botschaft. Spanien vertritt die Interessen Beiruts in Bonn. Das Botschaftsgebäude ist jedoch nach wie vor von libanesischen Diplomaten besetzt, die mit einem Resistab in Bonn zurückgeblieben sind.

Von libanesischer Seite ist bestätigt worden, daß demnächst in Kairo «auf höchster Ebene» zwischen den libanesischen Militärbehörden und der palästinensischen Befreiungsfront verhandelt wird.

Den Verhandlungen werden die Oberbefehlshaber der libanesischen und ägyptischen Streitkräfte sowie der palästinensischen Befreiungsfront beiwohnen. Libanon hat Präsident Nasser offiziell um Vermittlung gebeten.

Damaskus, 27. Okt. ag. (R) Syrien und Aegypten gewähren den Partisanen volle Unterstützung, und sie stimmen den Forderungen zu, wonach die palästinensischen Befreiungsbewegungen auf dem gesamten arabischen Territorium völlige Handlungsfreiheit genießen sollen. Dies ist der Inhalt eines Communiqués, das nach einer Unterredung zwischen dem syrischen Staatspräsidenten Al Atassi und dem persönlichen Gesandten Nassers, Sabri al Kholi, veröffentlicht worden ist.

Prozeß gegen libysches Königshaus

Kairo, 27. Okt. ag. (R) In der libyschen Stadt Tripolis ist ein Dekret veröffentlicht worden, wonach sich Mitglieder der Familie von Exkönig Idris sowie weitere Persönlichkeiten wegen Korruption und politischer Vergehen vor Gericht zu verantworten haben. In diesem Prozeß werden auch ehemalige Ministerpräsidenten, Parlamentarier, höhere Beamte und Presseleute als Angeklagte zu erscheinen haben.

Alle Personen, die zwischen dem 7. Oktober 1951 bis zum 1. September dieses Jahres an politischer und administrativer «Korruption» teilgenommen haben, sollen vor Gericht gestellt werden.

Zwei neue Nobelpreisträger

Tinbergen (Holland) und Frisch (Norwegen) Preisträger für Wirtschaftswissenschaft – Erstmalige Verleihung

Stockholm, 27. Okt. (UPI) Dem holländischen Professor Jan Tinbergen und dem norwegischen Professor Ragnar Frisch ist am Montag gemeinsam der erste Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft verliehen worden. Wie die schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm bekanntgab, erhielten sie die Auszeichnung «für die Entwicklung und Anwendung dynamischer Modelle zur Analyse wirtschaftlicher Prozesse». Den neuen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft hatte die Rijkssbank, die Bank von Schweden, 1968 anlässlich ihres 300-jährigen Bestehens gestiftet. Er ist mit 375 000 schwedischen Kronen dotiert.



Ragnar Frisch (links) und Jan Tinbergen
Keystone

Berater des Völkerbundes. Von 1945 bis 1955 leitete er das zentrale Planungsbüro der Niederlande. Danach fungierte er als Berater verschiedener holländischer und internationaler Wirtschaftsprjekte. Seit 1960 ist er Vorsitzender des Uno-Ausschusses für Entwicklung in den Vereinigten Staaten.

Frisch wie auch Tinbergen entwarfen Modelle für die Wirtschaft ihrer Länder, für Norwegen und die Niederlande. Ihre ökonomischen Modelle waren «besonders für die Planung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern» wichtig.

Frisch äußerte sich am Montag in Oslo dankbar über die Auszeichnung. Er nannte andere Kandidaten, die seiner Ansicht nach den Nobelpreis zumindest ebenso verdient hätten: den Amerikaner Wassily Leontiew, den Engländer Richard Stone und vor allem den Schweden Gunnar Myrdal. Frisch gewann den ersten Nobelpreis für Norwegen, seit 1928 Sigrid Undset mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet worden ist.

Frisch und Tinbergen brachten, wie es in der Bekanntmachung der schwedischen Akademie der Wissenschaft heißt, mathematische Exaktheit in die Markt- und Wachstumsanalyse und in die Theorie der Wirtschaftspolitik. Frisch habe die mathematische Grundlage ausgearbeitet, Tinbergen ihre Anwendbarkeit erprobt.

Der 74-jährige Frisch ist seit 1931 Professor an der Universität Oslo und leitet das sozialökonomische Institut der Universität. Nach dem Weltkrieg war er Gastprofessor an ausländischen Universitäten und Berater für Wirtschaftsplanung in Entwicklungsländern. Er gehört zu den Gründern der Ökonometrischen Gesellschaft von 1931.

Der 66-jährige Tinberger promovierte an der Universität von Leiden und arbeitete von 1929 bis 1945 im statistischen Zentralamt der Niederlande. 1933 wurde er an die holländische Wirtschaftshochschule in Rotterdam berufen. Zwischen 1936 und 1938 war er

Abschluß der Bischofssynode in Rom

Papst Paul hat in einer Ansprache zum Abschluß der außerordentlichen Bischofssynode in Rom einige Wünsche dieses Organs akzeptiert. Dazu gehört die Forderung, mindestens alle zwei Jahre Synoden zu halten und den Bischofssynoden ein Vorschlagsrecht einzuräumen für Themen, die auf den Synoden behandelt werden sollen.

(DPA/UPI) Der Papst billigte auch das Prinzip der Subsidiarität als gültig für die Führungsgrundsätze der katholischen Kirche. Das bedeutet, daß den unteren Organen möglichst viele Kompetenzen eingeräumt werden können. Die oberen Organe würden immer dann eingreifen, wenn es nötig erscheint, und wichtige Interessen eine Intervention erfordern. — Die Bischofssynode wird am Dienstag noch einmal zu einer Sitzung zusammentreffen. Die nächste Synode ist auf 1971 anberaumt worden.

der Frage der Geburtenkontrolle, die Bischöfe vorher zu konsultieren habe, erwähnte der Papst nicht.

In seiner Rede betonte Paul VI., Synoden seien nicht dazu gedacht, «der Regierung der Kirche Schwierigkeiten zu bereiten oder zu einer Rivalität der Macht» zu führen, sondern vielmehr «zur gemeinsamen Hinneigung des Papstes und des Episkopats zur größeren Gemeinschaft und organischen Zusammenarbeit. Wir, für unsern Teil», sagte der Papst, «möchten all dies verwirklichen. Jedoch werden wir das tun, ohne zu irgend einer Zeit unsere besonderen Pflichten und Verantwortlichkeiten aufzugeben».

Den wichtigsten Vorschlag der Synode, die Empfehlung, daß der Papst in entscheidenden Fragen, wie etwa in

Angriff gegen Giscard d'Estaing

Während die neu gebildete gaullistische Union démocratique du travail (UDT) in ihren Publikationen scharf auf den «kapitalistisch-reaktionären» Staatspräsidenten schießt, ist eine andere Sekte der gaullistischen Linken mit dem nüchternen Vorschlag vorgeprellt, Giscard d'Estaing sei abzusetzen und der Franc sei durch eine zusätzliche Abwertung dem internationalen Konkurrenzniveau anzupassen. — Diese Idee einer zusätzlichen Abwertung ist insofern logisch, als am 10. August mit der Begründung abgewertet worden war, die neue Parität sei nicht willkürlich festgesetzt, sondern auf Grund der internationalen Wechselkurse konsta-